

Bilanzierung von Kreditbearbeitungsgebühren

Zugleich Anmerkung zum Urteil des BFH vom 22. 6. 2011, I R 7/10

*Stellungnahme des Arbeitskreises „Steuern und Revision“ im Bund der Wirtschaftsakademiker (BWA) e. V. Berlin**

Lange Zeit haben sich Finanzverwaltung und Rechtsprechung geweigert, die auf Bankenseite angewandte Argumentation für eine sofortige – ertragswirksame – Realisation von Einmalzahlungen in analoger Weise auch auf Seiten des Unternehmens (Kreditnehmer) für eine sofortige – aufwandswirksame – Realisation anzuwenden. Unter Aufgabe bisheriger Rechtsprechung hat der BFH nunmehr laufzeitunabhängige Kreditbearbeitungsgebühren als sofortige Betriebsausgabe anerkannt und damit einen (betriebs-) wirtschaftlichen Sachverhalt im Steuerrecht entsprechend beurteilt. In einem Folgeurteil wurde die neue Argumentation bereits auf Staffelsätze übertragen. Dieser Beitrag zeigt die Auswirkungen des Urteils und überträgt die neue Argumentation auf weitere Praxisfälle.

1. Kreditbearbeitungsgebühren als Streitgegenstand

Von Seiten der Finanzverwaltung wird die Kreditbearbeitungsgebühr bei Kreditnehmern als Bestandteil des Entgelts der Kreditgewährung gesehen¹ und laufzeitbezogen abgegrenzt. Diese Auffassung der Finanzverwaltung wurde zunächst durch ein Urteil des FG Köln² bestätigt. Danach sollten Bearbeitungsgebühren bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise ebenso wie die Zinsen Vergütungen für die Überlassung des Kapitals sein mit der Folge, dass hierfür regelmäßig aktive Rechnungsabgrenzungsposten (RAP) zu bilden seien. Das FG Köln ging dabei pauschal von einer wirtschaftlichen Betrachtungsweise aus und ließ ausdrücklich die zivilrechtliche Beurteilung der Vertragsbeziehungen außer Acht³. Das Urteil erging, obwohl der BFH auf der Kreditgeberseite für die Bearbeitungsgebühr einer Bausparkasse die sofortige erfolgswirksame Vereinnahmung festgelegt hat⁴.

Diesen Ansatz des FG Köln hat der BFH in seiner Revisionsentscheidung vom 22. 6. 2011, I R 7/10, verworfen. Dabei hebt er folgende Aspekte hervor:

- Grundsätzlich reicht es für eine Rechnungsabgrenzung aus, wenn der Kreditnehmer wirtschaftlich gesehen durch eine Vorleistung (Bearbeitungsgebühr) ein zeitraumbezogenes Verhalten (Kreditgewährung) erwartet⁵.
- Wenn der Zahlungsempfänger hingegen die Vorleistung auch bei vorzeitiger Vertragsbeendigung behalten darf, ist

darin ein gewichtiges Indiz gegen deren Zeitraumbezogenheit und Abgrenzungspflicht zu sehen⁶. „Kann mithin ... eine zu Vertragsbeginn geleistete Zahlung im Falle einer vorzeitigen Beendigung des Darlehensverhältnisses vom Darlehensnehmer nicht mehr anteilig zurückgefordert werden (laufzeitunabhängige Vergütung), dann ist die Zahlung grundsätzlich nicht aktiv abzugrenzen.“⁷

- Der BFH bestätigt darüber hinaus die spiegelbildliche Behandlung⁸ von aktiver bzw. passiver Rechnungsabgrenzung und sofortiger erfolgswirksamer Vereinnahmung bzw. Abzugsfähigkeit⁹.
- Der BFH betont auch, dass die zivilrechtliche Struktur von Kreditverträgen bei der steuerlichen Beurteilung zu berücksichtigen ist und die wirtschaftliche Betrachtungsweise nicht als Begründung dafür verwendet werden kann, diese zu ignorieren¹⁰.

Mithin lässt der BFH die sofortige Abzugsfähigkeit von Kreditbearbeitungsgebühren am Beginn der Kreditlaufzeit zu und legt als Voraussetzung hierfür die grundsätzliche Kündigung ohne anteilige Rückgewähr der Kreditbearbeitungsgebühr fest. Dabei darf die Möglichkeit einer vorzeitigen Kündigung nicht nur rein theoretischer Natur sein¹¹.

2. Notwendigkeit einer differenzierten Analyse

Angesichts der Vielfalt der in der Praxis vorkommenden Vertragsgestaltungen stellt sich die Frage, ob es über den vom BFH entschiedenen Fall hinaus weitere Kriterien gibt, die gegen einen Laufzeitbezug und damit gegen eine Rechnungsabgrenzung sprechen. Ausgangspunkt der Analyse muss die zivilrechtliche Struktur des Vertrages sein. Darauf baut eine Untersuchung des wirtschaftlichen Gehalts auf. Wenn der wirtschaftliche Gehalt der zivilrechtlichen Struktur entspricht, dann ist diese auch für die steuerliche Beurteilung maßgeblich.

Entscheidende Voraussetzung für die Aktivierung von Entgelten als RAP ist ihr Laufzeitbezug, da es sich gemäß § 250 HGB um Aufwand für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag handeln muss¹². Einen Laufzeitbezug mit Hilfe einer „wirtschaftlichen Betrachtungsweise“ generell zu unterstellen, erscheint hierfür nicht ausreichend¹³. Vielmehr

* An dieser Stellungnahme haben mitgearbeitet: WP/StB Dipl.-Kfm. Gunther Düll (stv. AK-Leiter), Nördlingen; StB Dipl.-Kfm. Christian Düll, LL.M., Nördlingen; WP/StB Dipl.-Volksw. Dr. Christian Gans (stv. AK-Leiter), Bad Homburg v. d. H.; WP/StB Dipl.-Kfm. Claus A. Hensel, Frankfurt/Main; StB Dipl.-Betriebsw. (FH) Heinz Köstler, Abensberg; WP/StB Dipl.-Kfm. Larsen W. Lungen, Erkelenz; Dipl.-Kfm. Prof. Dr. Joachim S. Tanski (AK-Leiter), Berlin/Brandenburg.

1 H 6.10 EStH 2010 zu Bearbeitungsgebühren für eine Bürgschaft.

2 FG Köln v. 12. 11. 2009, 13 K 3803/06, DStRE 2010, 915.

3 Tiede, Anm. zum Urteil, StuB 2010, 321.

4 BFH v. 11. 2. 1998, I R 23/96, DStRE 1998, 426; im Anschluss daran hat der BFH auch die Problematik der Rechnungsabgrenzung eines Darlehens mit fallenden Zinssätzen mit differenzierter Argumentation aufgegriffen, BFH v. 27. 7. 2011, I R 77/10, DStR 2011, 2035.

5 BFH v. 22. 6. 2011, I R 7/10, DStR 2011, 1704, Tz. 14.

6 BFH v. 22. 6. 2011, I R 7/10, DStR 2011, 1704, Tz. 17; v. 27. 7. 2011, I R 77/10, DStR 2011, 2035, Tz. 13.

7 BFH v. 22. 6. 2011, I R 7/10, DStR 2011, 1704, Tz. 18.

8 Herzig/Joisten, DB 2011, 1019, weisen darauf hin, dass es zwar keinen Grundsatz korrespondierender Bilanzierung gibt, lehnen eine inkongruente Bilanzierung aber ab.

9 BFH v. 22. 6. 2011, I R 7/10, DStR 2011, 1704, Tz. 19.

10 BFH v. 22. 6. 2011, I R 7/10, DStR 2011, 1704, Tz. 24.

11 BFH v. 22. 6. 2011, I R 7/10, DStR 2011, 1704, Tz. 17; folgerichtig kommt der BFH hinsichtlich des Darlehens mit fallendem Zins (einem anderen Fall höherer Anfangszahlungen durch den Kreditnehmer) bei einem nicht (!) vorzeitig kündbaren Vertrag zum Ergebnis der Aktivierungspflicht eines RAP, BFH v. 27. 7. 2011, I R 77/10, DStR 2011, 2035, Tz. 17 f.

12 Zur grundsätzlichen Problematik von Rechnungsabgrenzungsposten vgl. ausführlich BWA-Arbeitskreis „Steuern und Revision“, DStR 1999, 2135.

13 So aber BFH v. 29. 11. 2006, I R 46/05, DStR 2007, 573, unter II. b bb; dagegen: Herzig/Joisten, DB 2011, 1018.

ist auf das tatsächlich von den Vertragsparteien Gewollte abzustellen. Als Indiz hierfür ist die zivilrechtliche Gestaltung zugrunde zu legen. Nur wenn die rechtliche Gestaltung offenbar vom wirtschaftlich Gewollten abweicht, rechtfertigt dies die Anwendung einer „wirtschaftlichen Betrachtungsweise“, um den tatsächlich beabsichtigten Sachverhalt richtig abzubilden. Wie das FG Köln richtig feststellt, eröffnet sich dadurch für die Parteien die Möglichkeit, RAP nach ihrem Interesse zu gestalten¹⁴. Die rechtliche Gestaltungsmöglichkeit ist jedoch kein abzulehnendes Übel, sondern Ausfluss der Vertragsfreiheit und als solches hinzunehmen¹⁵, solange die rechtliche Gestaltung dem tatsächlich Gewollten entspricht.

Für die Beurteilung, ob ein RAP vorliegt, sind folglich Kriterien zu bestimmen, anhand derer auf die Absicht der Parteien zu schließen ist, inwiefern ein einmaliges Entgelt einen Bezug zu einer längeren Laufzeit hat oder nicht. Generell auf eine „wirtschaftliche Betrachtungsweise“ abzustellen, um derartige Unterscheidungen zu umgehen, mochte für das FG Köln bequem sein, kann jedoch keine Grundlage für eine rechtliche Beurteilung darstellen¹⁶. Demnach kann auch nicht argumentiert werden, dass ein Kreditvertrag stets eine einheitliche, nicht aufspaltbare Leistung sei, und daher auch alle Entgelte einheitlich als Zins zu behandeln seien. Zeigt sich, dass es in der Absicht der Parteien lag, einen Zins als laufendes Entgelt und gerade zusätzlich ein einmaliges Entgelt zu vereinbaren, so kann dies auch getrennt behandelt werden¹⁷.

Das eigentliche laufzeitbezogene Entgelt bei Kreditverträgen sind die Zinsen¹⁸. Um den anderen Komponenten einen Laufzeitbezug zuzuordnen, müssen hierfür explizite Indizien vorliegen.

Merkmale für einen Laufzeitbezug einer Kreditbearbeitungsgebühr können sein:

- ein Zusammenhang zwischen der Höhe der Einmalzahlung und der Höhe des Zinses oder Höhe des Disagios,
- eine Abhängigkeit der Höhe der Einmalzahlung von der Laufzeit des Kredites.

Gegen einen Laufzeitbezug sprechen folgende Merkmale:

- Ausschluss der Rückerstattung bei vorzeitiger Kündigung des Kredites,
- Vereinbarung weiterer Gebühren für laufende Betreuung neben einer Einmalzahlung und dem Zins (z. B. Kontoführungsgebühr),
- zusätzliche Einmalzahlung neben einem Disagio,
- Gebühr für umfangreiche Ausarbeitung von Vertragsunterlagen und deren individuelle Ausgestaltung (z. B. bei Großkrediten mit Banken-Pool).

14 FG Köln v. 12. 11. 2009, 13 K 3803/06, DStRE 2010, 915.

15 So nunmehr auch im Ergebnis der BFH v. 22. 6. 2011, I R 7/10, DStR 2011, 1704, Tz. 19.

16 So auch o. V., KÖSDI 2011, 17610, Anm. 554.

17 Wird das Kredit-Arrangement beispielsweise von der Bank in eine separate Gesellschaft ausgelagert und von dieser für den Abschluss eine Gebühr verlangt, so ist eine Trennung auch problemlos möglich.

18 In dem Ur. v. 27. 7. 2011, I R 77/10, DStR 2011, 2035, kommt der BFH zwar zu einer Rechnungsabgrenzung von fallenden Zinsen bei einem Vertrag ohne ordentliche Kündbarkeit, er prüft jedoch auch (Tz. 19), ob die fallenden Zinssätze nicht möglicherweise ein erwartetes Sinken des Marktzinssatzes abdecken sollten. In einem solchen Fall wäre wohl trotz Unkündbarkeit keine Rechnungsabgrenzung vorzunehmen.

3. Zuordnung von Bearbeitungsgebühren in der Praxis

3.1 Eindeutig Kreditvergabekosten abdeckende Bearbeitungsgebühren

Vor einer Kreditvergabe entstehen einer Bank nicht unerhebliche Kosten für die Bearbeitung und Entscheidung eines Kreditantrages. Dieser Aufwand hat in den letzten Jahren, vor allem aufgrund der verschärften Anforderungen des Basel-II-Regimes, erheblich zugenommen. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht ist es deshalb unmittelbar einsichtig, dass die Bank versucht, diesen Aufwand bei erfolgreichem Vertragsabschluss dem Kunden weiterzubelasten. Die Abdeckung dieser Kosten durch eine einmalige, bei vorzeitiger Kredittilgung nicht rückzahlbare Bearbeitungsgebühr erscheint zumindest plausibel.

Für den Fall der Abschlussgebühr bei Bausparverträgen hat der BFH in mehreren Urteilen¹⁹ festgestellt, dass diese wegen der Kombination aus Anspar- und Kreditphase keinen Laufzeitbezug hat und deshalb von der Bausparkasse als Kreditgeber sofort erfolgswirksam vereinnahmt werden muss. Eine solche Differenzierung zwischen laufzeitbezogenen und nicht laufzeitbezogenen Aspekten der Gegenleistung wäre entsprechend auch auf der Kreditnehmerseite vorzunehmen.

Betrachtet man die Behandlung solcher Kosten bei einem bilanzierenden Kreditnehmer, so kann es sich nicht um einen Vermögensgegenstand handeln, da kein Rückzahlungsanspruch besteht. Somit käme nur eine Bilanzierung als Rechnungsabgrenzungsposten in Betracht. Anders als bei einem als vorausbezahlter Zins zu qualifizierenden Disagio oder eine CAP-Prämie mit vertragsimmanenter Laufzeit ist die tatsächliche Laufzeit einer echten Bearbeitungsgebühr gleich null. Demzufolge kann es sich auch nicht um einen Rechnungsabgrenzungsposten handeln.

In den Fällen, in denen es sich eindeutig um Kreditvergabekosten abdeckende Bearbeitungsgebühren handelt, greift die zivilrechtliche Vereinbarung durch, da sie den gewollten wirtschaftlichen Gehalt richtig abbildet.

3.2 Gemischte Bearbeitungsgebühren

Häufig versuchen Banken, offen oder verdeckt weitere Kosten oder Margenbestandteile in dem bei Kreditvergabe fälligen Betrag unterzubringen. Dies können Kosten der laufenden (späteren) Kreditverwaltung sein, Ausfallrisikoprämien, Prämien für Sondertilgungsrechte oder Zinsbestandteile. In diesen Fällen erhält der als „Bearbeitungsgebühr“ bezeichnete Einmalposten einen Mischcharakter. Grundsätzlich ließe sich aber eine Aufteilung in einmalige und laufzeitbezogene Komponenten vornehmen. Hierfür spricht sich auch *Federmann* aus, der, ausgehend von dem RAP-Tatbestandsmerkmal „soweit“, eine Trennung zwischen Ausgaben mit Einmalcharakter (z. B. Kreditgewährungskosten) und kapitalüberlastungstypischer Zeitbezogenheit von Zinsen verlangt²⁰.

In einem älteren Urteil²¹ hat der BFH noch sämtliche mit einer Kreditgewährung verbundene Kosten als einheitliche

19 BFH v. 12. 2. 1998, I R 23/96, DStRE 1998, 426; v. 21. 1. 2005, VIII B 93/03, NV, BFH/NV 2005, 894, BeckRS 2005, 25007609 zu FG Nürnberg v. 29. 1. 2003, III 135/2001, BeckRS 2003, 26024321.

20 *Federmann*, in: H/H/R, EStG, Lfg. 218, Std. März 2005, § 5, Anm. 1947.

Gegenleistung betrachtet, die prinzipiell auf die Laufzeit des Kredites zu verteilen sei (finale Zurechnung). Die Logik besteht hier darin, dass allein die Tatsache, dass ein Kredit immer eine Laufzeit hat, ausreicht, um auch alle Gegenleistungen insgesamt auf die Laufzeit zu verteilen. Das Hineinzwängen aller Gegenleistungen in das Prokrustesbett der Laufzeit wird allerdings der Komplexität des heutigen Kreditvertragsrechtes nicht mehr gerecht²².

In der jüngeren Rechtsprechung finden sich nun durchaus entsprechende Unterscheidungen. In einem Urteil zur früheren Eigenheimförderung vom 24. 11. 1999²³ weist der BFH zu den damaligen „Vorkosten“ darauf hin, dass diese vor Beginn der Eigennutzung entstanden seien, wenn sie wirtschaftlich dem Zeitraum vor Bezug der Wohnung zuzuordnen sind, und lässt eine Aufteilung zu. In seinem Beschluss vom 21. 1. 2005²⁴ hat der BFH nochmals darauf hingewiesen, dass es Gesichtspunkte geben kann, weshalb eine Einmalzahlung (hier: Risikoprämie) nicht als laufzeitbezogen gelten kann. Im damaligen Urteilsfall waren solche Aspekte aber nicht vorgetragen worden.

Die jüngere Rechtsprechung lässt somit ein kausales Zurechnungsprinzip erkennen. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht ist diese Zurechnung für die vorliegende Problemstellung methodisch überzeugender, da sie die tatsächlichen wirtschaftlichen Detailstrukturen abbildet und Verzerrungen durch Pauschalierungen vermeidet, wie sie der finalen Zurechnung eigen sind.

21 BFH v. 19. 1. 1978, IV R 153/72, BStBl II 2000, 259, BeckRS 1978, 22004336.

22 Man denke nur an Konstruktionen wie CAP, Swaps oder auf einem Basiszins (Euribor) aufsetzenden Margenverträgen – alles Konstruktionen, die es 1978 noch nicht gab. Der BFH argumentierte damals damit, dass ein Kreditvertrag nur einheitlich abgeschlossen werden könnte. Heutzutage sind aber nahezu beliebige vertragliche Bausteine, sogar mit unterschiedlichen Partnern (Swaps) oder zu unterschiedlichen Zeitpunkten (nachträglicher CAP) möglich.

23 BFH v. 24. 11. 1999, X R 144/96, BStBl II 2000, 263, DStR 2000, 244.

24 BFH v. 21. 1. 2005, VIII B 93/03, BFH/NV 2005, 894, BeckRS 2005, 25007609.

3.3 Aufteilungs- und Zuordnungskriterien

Eine objektive kausale Beurteilung einer einmaligen Bearbeitungsgebühr ist dann möglich, wenn die Bank die Komponenten offen abrechnet. Häufig ist dies jedoch nicht der Fall, so dass eine Aufteilung nach mittelbaren Kriterien erfolgen muss.

Folgende Indikatoren sprechen dafür, dass es sich bei einer als Bearbeitungsgebühr bezeichneten Belastung auch wirtschaftlich um eine Abdeckung der laufzeitunabhängigen Kreditabschlusskosten handelt:

- Die Höhe der Bearbeitungsgebühr ist unabhängig von der Laufzeit des Kredites. Verlangt die Bank die gleichen (angemessenen) Gebühren für Kredite mit unterschiedlichen Laufzeiten, dann kann es sich hierbei logischerweise keinesfalls um ein laufzeitbezogenes Entgelt handeln.
- Der Zinssatz ist im marktüblichen Bereich. In diesen Fällen kann die Bearbeitungsgebühr kaum versteckte Zinsanteile enthalten.
- Die Bearbeitungsgebühr wird neben einem Disagio verlangt. Dies zeigt, dass von den Vertragspartnern zwischen Zins- und anderen Kosten- bzw. Entgeltkomponenten unterschieden wird.
- Während der Laufzeit werden weitere Bearbeitungsgebühren belastet. Dies deutet darauf hin, dass die anfangs kassierte Bearbeitungsgebühr ausschließlich den Vertragsabschluss und dessen Vorarbeiten betrifft.
- Die Bearbeitungsgebühr wird von einem Dritten verlangt, z. B. einem Kreditvermittler oder Finanzberater. Dann kann es sich nur um ein Entgelt für die Betreuung bis zum Vertragsabschluss handeln, denn diese Kosten fallen eindeutig unabhängig von der Kreditlaufzeit an.

4. Fazit

Der BFH hat in dem vorliegenden Urteil in wohl begründeter Weise entschieden, dass Laufzeitverträge neben laufzeitabhängigen auch laufzeitunabhängige Entgelte beinhalten können. Vorstehend wurde gezeigt, dass laufzeitunabhängige Entgelte allerdings nicht nur bei vorzeitiger Kündigung, sondern auch unter anderen Umständen auftreten können. Dies gilt neben dem hier entschiedenen Fall auch für ähnliche Verträge wie Leasing- oder Versicherungsverträge.

Bilanzierung von Provisionsvorauszahlungen im Berufsstand der selbständigen Vermögensberater und Versicherungsmakler

Von Heinrich Weiland, Worms*

Provisionsvorauszahlungen an selbständige Vermögensberater und Versicherungsmakler wurden bisher von der Finanzverwaltung, unabhängig vom Unternehmensrisiko aus der Haftung für noch nicht verdiente, jedoch bereits ausgezahlte Provisionen, in vollem Umfang im Jahr des Zuflusses als Umsatz erfasst. Der BFH hat mit sei-

nem Urteil vom 17. 3. 2010, X R 28/08, NV, Klarheit geschaffen. Provisionsvorauszahlungen können bei entsprechenden vertraglichen Vereinbarungen zwischen den Vertriebspartnern Darlehenscharakter haben und sind deshalb als sonstige Anzahlungen zu erfassen.

1. Einleitung

Die Versicherungswirtschaft hat weltweit eine erhebliche Bedeutung für Individuen, Gesellschaften und Staaten. Sie übernimmt unvorhersehbare Risiken ihrer Versicherungsnehmer gegen Zahlung einer Prämie. Dabei bietet die Versicherungswirtschaft ihre Produkte (Versicherungen,

* Ph Dr. Heinrich Weiland ist Diplom-Betriebswirt und Wirtschaftsprüfer in eigener Kanzlei (Tätigkeitsschwerpunkte: Unternehmensberatung, Seminare, Lehrtätigkeit) in Worms am Rhein.